

Hochpreisinsel Schweiz: Studie zeigt Milliardenverluste auf

Die Schweizer zahlen für viele Produkte deutlich mehr als Nachfrager im Ausland. Nach Angaben der Verfechter der Fair-Preis-Initiative entgehen der Schweizer Volkswirtschaft dadurch jedes Jahr Milliardenbeträge. Die Initianten stützen sich dabei auf eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW).



KMU, das Gewerbe oder etwa Spitäler sowie Konsumentinnen und Konsumenten seien gezwungen, für importierte Waren und Dienstleistungen einen Schweiz-Zuschlag zu bezahlen, erklärten die Initianten am Dienstag an einer Medienkonferenz in Bern mit. Ausländische Hersteller und Händler weigerten sich, Nachfrager aus der Schweiz direkt zu beliefern und verwiesen diese stattdessen auf ihre Niederlassungen oder Webportale in der Schweiz. Dort würden überhöhte Preise verlangt.

Im Auftrag des Vereins «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise» analysierte die FHNW unter der Leitung von Matthias Binswanger Preisunterschiede zwischen der Schweiz und dem Ausland. Der Fokus lag auf den Branchen Gesundheitswesen, Hotellerie und Gastronomie sowie Forschung und Bildung. Im Konsumgüterbereich wurden Mode, Kosmetika, Kontaktlinsen sowie Babynahrung und Windeln untersucht.

Alleine in diesen analysierten Bereichen entgehen der Schweizer Volkswirtschaft laut der Studie 3,33 Milliarden Franken pro Jahr. Jede Schweizerinnen und jeder Schweizer könnten also mindestens 280 Franken jährlich sparen. Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm schätze den Verlust für die gesamte Volkswirtschaft auf rund 15 Milliarden Franken pro Jahr.

Hotellerie und Gastronomie stark betroffen

Die Hotellerie und die Gastronomie sind stark betroffen. So bezahlt das Gastgewerbe laut Studie für Geräte, Hilfsmittel und nicht-alkoholische Getränke jährlich rund 290 Millionen Franken zu viel.

Spitälern entstehen durch die fehlende Beschaffungsfreiheit hohe Mehrkosten. Gemäss der Studie beträgt das Sparpotential 600 Millionen Franken pro Jahr. Das grösste Sparpotential für Konsumenten besteht bei Bekleidung. Im Durchschnitt kosten Kleidungsstücke in der Schweiz 20 Prozent mehr als in Deutschland. Nach Hochrechnungen entgehen der Schweiz insgesamt alleine für Kleider jährlich 1,9 Milliarden Franken.

Aus Sicht von Binswanger muss es für Unternehmen, öffentliche Einrichtungen sowie Konsumentinnen und Konsumenten möglich werden, im Ausland zu den dort angebotenen Marktpreisen einzukaufen und das individuelle Einsparpotential auszuschöpfen. Heute gehe das nicht. Eine Kartellgesetzänderung würde den Druck auf ausländische Hersteller und Händler erhöhen, Bestellungen im Ausland zu erleichtern, hiess es.

Die eidgenössische Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise» fordert von der Politik «griffige Instrumente gegen die ungerechtfertigten Schweiz-Zuschläge». Der Nationalrat berät die Initiative am 9. März. (sda/htr)

Publiziert am Dienstag, 25. Februar 2020